

Aus der Reichshauptstadt.

Ein großes Wohnprojekt in Lichtenberg.

Unser östlicher Nachbarort Lichtenberg beschäftigt sich bekanntlich seit längerer Zeit mit der Begründung einer ausgedehnten Kleinhauseinsiedlung in der Wuhlheide, durch die dem bevorstehenden starken Wohnungsbedarf Abhilfe geschaffen werden soll. Man beabsichtigt jetzt, sogleich mit dem Bau zu beginnen, trotz der übersteuerten Herstellungspreise. Der Staat will 60 Prozent des jetzt nötigen Mehraufwandes tragen, der Magistrat will 20 Prozent übernehmen und die Lichtenberger Industrie soll ebenfalls 20 Prozent beisteuern. Einem Aufruf der Stadt an die Industrie entnehmen wir folgendes:

„Die Not an Klein- und Mittelwohnungen in Berlin-Lichtenberg ist jetzt schon so groß, daß viele Familien kein Unterkommen finden können. Mit der Rückkehr der 26 000 Kriegsteilnehmer aus Berlin-Lichtenberg, von denen sicherlich mehrere Tausende ihre Wohnung aufgegeben haben, wird die Wohnungsnot zur Katastrophe, wenn nicht schleunigst an die Beschaffung von neuen Wohnungen herangegangen wird. Selbst wenn — wie das statistische Amt der Stadt Berlin berechnet — für den Stadtkreis Berlin-Lichtenberg im nächsten Jahre vor Friedensschluß vorläufig nur 800 bis 900 neue Wohnungen erforderlich sind, so hat das Fehlen auch von 800 bis 900 Wohnungen so unabwehrbare Folgen für unsere Stadt, daß man alles daran setzen muß, einen solchen Zustand zu verhüten. Die von den städtischen Körperschaften gegründete gemeinnützige Gesellschaft „Wohlfriedliche Siedlung Berlin-Lichtenberg“ will jetzt mit dem Bau ihrer großen, 550—600 Wohnungen umfassenden Einfamilienhausinsiedlung beginnen. Der erste Bauabschnitt wird sich auf 100 Häuser erstrecken. Eine Wohnung, die im Frieden 7000 M. Baukosten erforderte, kostet heute mindestens 18 000 Mark. Es ist zwar leider damit zu rechnen, daß man überhaupt nicht wieder zum gleichen Preise wie vor dem Kriege wird bauen können, aber andererseits bleibt die Kostensteigerung in der gegenwärtigen Höhe auf keinen Fall bestehen. Der Herr Staatskommissar für das Wohnungswesen, dem die Verteilung der 500 000 000 M. betragenden Zuschüsse des Reichs obliegt, macht zur Bedingung, daß auch die Gemeinden und vor allem auch Handel, Gewerbe und Industrie sich an der Aufbringung der verlorenen Bauzuschüsse für die jetzigen Mehrkosten beteiligen. Die städtischen Körperschaften in Lichtenberg haben erstmalig 500 000 M. als verlorenen Zuschuß ausgeworfen. Wir erlauben uns, nunmehr auch an Gewerbe und Industrie mit der Bitte um einen Beitrag zu den Kosten für den sofortigen Wohnungsbau heranzutreten. Wenn unserer Gesellschaft 2½—3 Millionen Mark als verllorener Zuschuß zur Verfügung gestellt würden, wäre sie in der Lage, nicht nur 100, sondern sofort 400 Wohnungen zu errichten. Eine Reihe von Großbetrieben in Lichtenberg hat bereits ihren Willen, die Einfamilienhausinsiedlung durch sehr namhafte Geldbeiträge zu fördern, kundgegeben.“

Die Beschlüsse der städtischen Körperschaften Groß-Berlins über Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot folgen jetzt schnell blitzartig aufeinander. Nachdem Neukölln gestern, wie berichtet, 8 Millionen Mark für die Herstellung neuer Wohnungen zur Verfügung gestellt hat, werden sich auch die Schöneberger Stadtverordneten mit gleichen Anträgen beschäftigen. Der dortige Magistrat beantragt, 1 Million Mark für Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen. In erster Reihe kommt in Schöneberg der Plan einer Kleinhauseinsiedlung auf dem Südgelände in Frage. Reich und Staat werden sich auch hier an den durch den Krieg bedingten Mehrkosten beteiligen. Der Betrag von 1 Million Mark soll für die Kosten der Planung und die Beschaffung der Baustoffe dienen.